



<https://blz.li/46z1>

# "ES FEHLT AN SOZIALWOHNUNGEN UND BEZAHLBAREN WOHNUNGEN"

Veröffentlicht am 16.03.2017 um 11:35 von Redaktion LeineBlitz

Wie ist es möglich, schnell bezahlbaren Wohnraum zu schaffen - und welche Hürden gilt es dafür zu überwinden? Über diese Fragen diskutierten die für Laatzen zuständige SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann und der Laatzen SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Matthias Miersch mit Karl Heinz Range, dem Geschäftsführer der KSG Laatzen, gestern in den Räumen der Wohnungsbaugesellschaft. Dabei waren sich die drei Gesprächspartner bei einer Sache sofort einig: Es gibt einen gravierenden Mangel an Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum. Range lobte die SPD-geführte Landesregierung für ihren Kurswechsel im geförderten Wohnungsbau ausdrücklich: Sie habe den Mangel erkannt und handle entsprechend. Wohnungspolitik sei in der Vergangenheit vor allem bundespolitisch sträflich vernachlässigt worden, was zu diesem Mangel beigetragen habe; über Jahrzehnte sei zu wenig getan worden. Zu schaffen



**Sprachen über den sozialen Wohnungsbau (von links): KSG-Prokurist Stephan Prinz, KSG-Geschäftsführer Karl Heinz Range, und die beiden SPD-Abgeordneten Lesemann und Miersch.**

machten der KSG jedoch aktuell die großen Auflagen und Regulierungen, die den Bau neuer Wohnungen erschweren. Insbesondere die zunehmenden Anforderungen an die energetische Qualität und weitere ordnungsrechtliche Anforderungen von Bund, Ländern und Kommunen hätten dafür gesorgt, dass der Quadratmeterpreis für neue Wohnungen in die Höhe getrieben werde. "Wir sprechen hier von Gestehungskosten in Höhe von 3300 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche, das überfordert uns wirtschaftlich und verhindert den Bau neuer Wohnungen", so Range. Zu diesen Auflagen gehörten unter anderem Kosten für Brandschutz- und Schallschutzgutachten, aber auch die Anforderung an eine klimaneutrale Energieversorgung. "Ich unterstütze die Klimaschutzziele, aber die Wohnungswirtschaft muss hier richtig was leisten, während die Industrie verschont bleibt", sagte Range. Miersch und Lesemann baten Range, ihnen eine Liste mit allen Hemmnissen zukommen zu lassen. Die Wohnungsbaugesellschaft hat sich ambitionierte Ziele für die nächsten Jahre gesetzt, erklärte Range. Unter dem Slogan "KSG 2025" sollen bis dahin 2000 weitere Wohnungen gebaut oder erworben werden. "Wir brauchen keine Wohnungen für Porsche-Fahrer, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für kleinere und mittlere Einkommen", betonte Range. Man benötige Sozialwohnungen, aber auch Wohnungen für Arbeitnehmer wie Polizisten oder Krankenschwestern. In Laatzen habe man 3000 Interessenten ermittelt - und die vor allem in einem Segment: Wohnungen mit einer Warmmiete von bis zu 650 Euro. "Es fehlen überall bezahlbare Wohnungen, der Bedarf ist groß - auch in Laatzen", so Range. Von den Kommunen wünscht sich Range, dass sie mehr Fläche auf Vorrat ankaufen und somit für Wohnbauprojekte zur Verfügung stellen können. Gerade in Laatzen sei dies derzeit schwierig, es gebe wenig freie Fläche, weshalb die KSG gerade vermehrt an anderen Orten tätig sei: So sollen auf Hannovers Kronsberg 1500 neue Wohnungen entstehen, die von der hannoverschen Wohnungswirtschaft errichtet werden, 300 davon will die KSG schultern; in Badenstedt seien etwa 350 bis 400 neue Wohnungen geplant, die ebenfalls mit der GBH entwickelt werden. "Wir haben ein enormes Bauprogramm aufgestellt", sagte Range. Mit den bereits im Bau oder kurz vor Baubeginn befindlichen Projekten seien dies insgesamt etwa 600 neue Wohnungen. Lesemann wies darauf hin, dass es in Niedersachsen einen jährlicher Bedarf von etwa 10 000 neuen Wohnungen gibt, Bund und Land stellen mit der sozialen Wohnraumförderung 800 Millionen Euro zur Verfügung, 400 Millionen kommen vom Land, die andere Hälfte vom Bund. Inbegriffen sind dabei auch die Modernisierungskosten. "Der Wohnungsbau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir beschleunigt angehen müssen

- wir dürfen jetzt nicht kleckern, wir müssen klotzen ", betonte der Bundestagsabgeordnete Miersch am Ende des Gesprächs. Miersch will sich dafür einsetzen, dass der soziale Wohnungsbau ins Wahlprogramm seiner Partei für die anstehende Bundestagswahl aufgenommen wird.